



Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

Verkehrsinfrastruktur an der Westküste erhalten – Elbfähre Brunsbüttel-Cuxhaven mit Bundes- und Landesmitteln unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Fährverbindung zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven stellt einen wichtigen Beitrag zur Verkehrsinfrastruktur an der Westküste dar und ermöglicht Verkehrsteilnehmern aus Schleswig-Holstein den Anschluss an die A27 in Niedersachsen. Da der Betreiber durch Lockdown-Maßnahmen der Politik die erwarteten Fahrzeug- und Passagierzahlen nicht erreichen konnte, fordert der Landtag die Härtefallkommission auf, ihre abschlägige Entscheidung zu überprüfen und der Betreibergesellschaft Zugang zu Corona-Hilfen zu gewähren.

Begründung:

Die Fähre "Greenferry I" war am 1. März 2021 gestartet und verkehrt täglich im Drei-Stunden-Takt zwischen Brunsbüttel und Cuxhaven. Wegen der Corona-Beschränkungen durch Bundesgesetze und Landesverordnungen war das Geschäft insbesondere zu Ostern und Pfingsten nicht so angelaufen wie kalkuliert. Am 23.

November berichteten regionale Medien über einen Insolvenzantrag des Betreibers. Der Betrieb soll trotzdem bis auf weiteres aufrechterhalten werden. Vertretern der zuständigen Ministerien aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein obliegt es nun, bei einem Runden Tisch, den der Insolvenzverwalter einberufen will, sämtliche Möglichkeiten zu eruieren, den Betrieb der Elbfähre auf dieser Strecke sicherzustellen. Dazu gehört auch eine Revision der Entscheidung der Härtefallkommission.

Volker Schnurrbusch und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD